



# Jahresbericht 2012

Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit



## 2012 - schwieriger Start, erfreulicher Abschluss



2

Das Jahr 2012 war geprägt von der Währungs- und Wirtschaftskrise in der Euro-Zone. Auch wenn Österreich - mit geringster Arbeitslosenrate in der EU - derzeit fast als sprichwörtliche Insel der Seligen dasteht, waren auch wir in der ersten Hälfte 2012 mit der Krise konfrontiert: Durch den Verlust der Top-Bonität wurde klar, dass auch Finanzlage und Sozialsystem in Österreich nicht nachhaltig genug sind.

Das Stabilisierungsgesetz der Bundesregierung sichert mittelfristig die Finanzierung. Auch der Sozialbereich, auf den die Hälfte der Budgetausgaben entfällt, trägt dazu bei. Die Wirtschaft ist mit Belastungen wie Auflösungsabgabe, einem höheren Pensionsversicherungsbeitrag für Selbständige und der Wiedereinführung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags für Ältere stark betroffen.

Hinsichtlich echter Strukturreformen ist die Umstellung auf das Pensionskonto ein sehr wichtiger, leider aber auch fast der einzige wesentliche Schritt. Obwohl wir beim Pensionsantrittsalter fast Schlusslicht sind und fast alle EU-Staaten mit Pensionsreformen noch weiter davoneilen, wurde keine einzige gesetzliche Pensionsaltersgrenze verschoben.

Während also das Jahr schwierig begann, hat es doch noch erfreulich geendet: Rehabilitieren und Integrieren statt Pensionieren, der von den Sozialpartnern initiierte Grundsatz wurde mit dem Sozialrechtsänderungsgesetz endlich umgesetzt. Nach zwei großen Sparpaketen sind das Krankengeld, das Selbständige bei längerer Krankheit erhalten, und die Verdoppelung (!) des Wochengelds für selbständige Schwangere bzw. Mütter endlich wieder Päckchen, die auch für unsere Wirtschaftstreibenden unter den Weihnachtsbaum passen.

**Dr. Martin Gleitsmann**  
Abteilungsleiter

# Arbeitsmarkt und Soziales

Referenten: Mag. Gabriele Straßegger, Mag. Anna-Katharina Huber, Mag. Maria Kaun

Die Wirtschaftskammer und ihre Vertreter wirken wesentlich an der österreichischen Arbeitsmarktpolitik mit. Die Abteilung für Sozialpolitik stellt die Vertreter der WKÖ in den Gremien des Arbeitsmarktservice, nämlich im Verwaltungsrat, Strategieausschuss, Förderausschuss, Ausländerausschuss, Kontrollausschuss sowie in zahlreichen weiteren Ausschüssen und Arbeitsgruppen im Arbeitsmarktbereich. Im Jahr 2012 wurden die Organe des AMS sowohl auf Bundesebene als auch Landes- und regionaler Ebene neu bestellt.

## Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik

Die Arbeitsmarktpolitik entwickelte sich 2012 nach den Turbulenzen 2009 und dem konjunkturellen Aufschwung 2010 und 2011 wechselhaft dynamisch. Trotz schwacher internationaler Wirtschaftsdaten und steigender Arbeitslosenzahlen in den letzten Monaten, ist die Zahl der Beschäftigten im Jahr 2012 um weitere 44.000 auf insgesamt 3,47 Millionen angestiegen. Noch nie zuvor hat es so viele Arbeitsplätze gegeben.



Trotz der positiven Beschäftigungsentwicklung, hat das AMS durch die Komplexität des Arbeitsmarktes und der Übertragung neuer wichtiger Aufgaben, neue Zielgruppen und Kompetenzen hinzu bekommen. Neben der raschen Vermittlung und dem Anbieten von Qualifizierungsmaßnahmen stand die Gestaltung und Weiterentwicklung der AMS-Dienstleistungen im Vordergrund.

Nach langer Überarbeitung wurde im Dezember 2012 der längerfristige Plan des AMS bis 2016, der die strategische Ausrichtung des AMS wiedergibt, beschlossen. Er enthält auch Anliegen der Wirtschaft wie den Vorrang der Vermittlung, die rasche, passgenaue Stellenbesetzung, die Weiterentwicklung der e-Services und frühzeitige Maßnahmen zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit (Early-Intervention). Im Zuge des längerfristigen Plans hat man sich auch auf Strategien für die Umsetzung der neuen Aufgaben, wie beispielsweise der Förderung und Unterstützung von Migranten oder gesundheitlich Beeinträchtigter festgelegt.

Durch die wichtigen und notwendigen politischen Zielvorgaben "Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters" und "Umsetzung des Grundsatzes Rehabilitation vor Pension" müssen in der Arbeitsmarktpolitik insbesondere für ältere Personen und Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen (ehemalige Bezieher der befristeten Invaliditätspension) neue Wege, Strategien und Unterstützungsmaßnahmen entwickelt werden.

Auch für die Zielgruppe der Migranten hat man sich geeinigt, dass die bestehenden Förderangebote und Förderstrategien in Hinblick auf diese Personengruppe evaluiert und gegebenenfalls adaptiert bzw. ausgeweitet werden sollen. Gleichzeitig sollen Migranten als Zielgruppe in die künftigen arbeitsmarktpolitischen Jahresziele aufgenommen werden. Damit wurde eine langjährige Forderung der WKÖ erfüllt.

Seit 2012 werden Bezieher der bedarfsorientierten Mindestsicherung über die neue Zielgruppe der arbeitsmarktfernen Personen verstärkt in arbeitsmarktpolitische Interventionen einbezogen. Die AMS-Gremien befassen sich laufend mit der Frage, wie diese Personengruppe bestmöglich betreut werden soll. Bestehende Instrumente, etwa die Eingliederungsbeihilfe wird speziell für diese Zielgruppe angepasst. Ihre Arbeitsmarktpformance wird einem laufenden Monitoring unterzogen.

Mit Beginn des Jahres 2012 wurde die Förderung der Integration von Menschen mit Behinderung über Lohn- und Ausbildungskostenzuschüsse vom Bundessozialamt auf das AMS übertragen. Dieser Vorgang wird vor dem Hintergrund eines möglichst friktionslosen Übergangs laufend beobachtet.

Die WKÖ-Vertreter brachten in den AMS-Gremien die Themen Fachkräftemangel, Effizienz und Wirksamkeit der AMS-Dienstleistungen, die Verbesserung des Matchingprozesses (die Abstimmung des Arbeitskräfteangebots mit der Arbeitskräftenachfrage) und die notwendige Weiterentwicklung von EURES, des europäischen Portals zur Arbeitsvermittlung, laufend ein.

## Jugendarbeitslosigkeit und Jugendbeschäftigung in Europa

Die Top-Priorität 2012 am europäischen Arbeitsmarkt war die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Auch wenn in Österreich die Jugendarbeitslosigkeit gemessen am europäischen Umfeld niedrig ist, ist die Arbeitsmarktsituation für Jugendliche in Europa dramatisch. Fast 6 Millionen Jugendliche sind in der EU arbeitslos, daher muss es ein Anliegen aller Mitgliedsstaaten gemeinsam sein, an einer Strategie zur Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit zu arbeiten. Neben zahlreichen Initiativen von Seiten der europäischen Kommission (zB Jugendbeschäftigungspaket) sowie bilateralen Projekten, haben im September 2012 auf europäischer Ebene Sozialpartnerverhandlungen zur Jugendbeschäftigung begonnen. Die WKÖ ist in die Verhandlungen auf europäischer Ebene eingebunden und versucht in den Verhandlungen, aber auch durch Veranstaltungen und Gespräche, die Eckpunkte des österreichischen Systems -starke Sozialpartnerschaft, duale Berufsausbildung und ein flexibler, dynamischer Arbeitsmarkt - einzubringen. Die ersten Ergebnisse der Verhandlungen werden im Frühling 2013 erwartet.

### Veranstaltungen

19.11.2012 Paris: „Der österreichische Weg zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“, Präsident Leitl, Präsident Foglar und Vertreter der WKÖ und ÖGB treffen Vertreter der französischen Regierung und der französischen Sozialpartner.

*Youth employment in Europe - what works? The Austrian example* am 3.12.2012 in Brüssel mit Dr. Martin Gleitsmann (WKÖ) und Mag. Thomas Mayr (ibw)

### Pressekonferenzen

*Youth employment in Europe - what works? The Austrian example* am 3.12.2012 in Brüssel mit Dr. Martin Gleitsmann (WKÖ) und Mag. Thomas Mayr (ibw)

*Wachstumsinitiativen auf europäischer Ebene - Top Thema Jugendarbeitslosigkeit in Europa* am 1.10.2012 in Wien mit Präsident Leitl (WKÖ) und HVK Dr. Spindelegger



## Weiterentwicklung der Arbeitsmarktförderungen

Aufgrund seiner positiv verlaufenen Evaluierung wird der bis Ende 2012 befristete Kombilohn weiter bis Ende 2013 verlängert und ausgebaut. Die Befristung des auf Betreiben der Arbeiterkammer eingeführten Qualifizierungsbonus mit Ende 2012 läuft aus. Die Eingliederungsbeihilfe wird ausdrücklich für Bezieher der Mindestsicherung geöffnet.

Die Kurzarbeitsbeihilfe und Qualifizierungsbeihilfe während Kurzarbeit wird noch kurz vor Jahresende an die mit 2013 neu geänderte Gesetzeslage angepasst.

## Armutsbekämpfung, Sozialhilfe

Das Thema „Soziale Eingliederung und Armutsbekämpfung“ fand Eingang in die Europäische Beschäftigungspolitik und in die EU 2020-Ziele. Österreich hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 235.000 Personen aus der Armut herauszuholen. Aus WKÖ-Sicht soll dieses Ziel durch eine gezielte Integration der von Armut Betroffenen in Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt erreicht werden.

Die vom BMASK eingesetzte Arbeitsgruppe zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung tagte 2012 das zweite Mal. Zentrales Thema war in diesem Zusammenhang die fertiggestellte Evaluierung der Mindestsicherung. Wie auch von der WKÖ gefordert beschloss die Arbeitsgruppe die Evaluierung zu wiederholen und zu vertiefen, insbesondere soll der Arbeitsmarkterfolg der Betroffenen künftig näher analysiert werden und insbesondere danach, ob eine Integration in den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt erfolgt ist, unterschieden werden.

2012 stand im Licht des „Europäischen Jahres des Aktiven Alterns und der Solidarität der Generationen 2012“. Die WKÖ unterstützt auf unterschiedliche Art und Weise zahlreiche Projekte rund um das Thema „Aktives Altern und Solidarität der Generationen“. Im Rahmen des Wettbewerbs „Dialog der Generationen“ wirkt die WKÖ etwa als Kooperationspartner mit und unterstützt das Projekt sowohl finanziell als auch personell.

Die Wirtschaftskammer Österreich entsendet Vertreter in den Nationalen Lenkungsausschuss für das Europäische Jahr für aktives Altern und der Solidarität der Generationen 2012 im BMASK ebenso wie in den Zertifizierungsbeirat des Gütesiegels Nestor Gold des BMASK.

Die Sozialpartnerinitiative „Arbeit und Alter“ beginnt damit, ihre Website zu überarbeiten und aktualisieren.

### Veranstaltungen

26.4. 2012, Salzburg „Arbeitswelt altersgerecht gestalten! Trends, Herausforderungen, Perspektiven“  
Dokumentation auf [www.arbeitundalter.at](http://www.arbeitundalter.at)

### Mitwirkung an Veranstaltungen

November 2012: Verleihung des „Gütesiegels Nestor Gold“ für altersgerechtes Arbeiten durch bmask in Kooperation mit bmwfj



November 2012: Wettbewerb „Dialog der Generationen“ im Rahmen des Europäischen Jahres für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012; Dokumentation auf [www.dialogdergenerationen.at](http://www.dialogdergenerationen.at)

Dezember 2012 „Gesucht: Jung, gesund und flexibel“  
Welche AM-Chancen erhalten gesundheitlich beeinträchtigte und ältere Menschen?

### Publikationen

*Straßegger*, Rot-Weiß-Rot-Karte, der freie Arbeitsmarktzugang von Personen aus 2004 der Union beigetretenen Mitgliedsstaaten und die Schutzbestimmungen gegen Lohn- und Sozialdumping, in: Jahrbuch Sozialversicherungsrecht 2012, 207f

# Migration und Integration

Referenten: MMag. Margit Kreuzhuber, Mag Julia Hasenöhrl

6

## Die Rot-Weiß-Rot-Karte

### 2 Fachkräfteverordnungen erfolgreich verhandelt

Im Jahr 2012 wurde im Rahmen der Rot-Weiß-Rot-Karte die noch ausständige Zuwanderungsschiene der Fachkräfte in Mangelberufen wirksam. Es wurden in sehr schwierigen und langwierigen Verhandlungen Sozialpartnereinigungen zur Mangelberufsliste für die Jahre 2012 und 2013 erzielt. Insgesamt konnten 26 bzw. 24 Mangelberufe in die Liste aufgenommen werden; damit erhalten Fachkräfte aus Nicht-EU-Ländern in diesen Mangelberufen unter erleichterten Voraussetzungen die Rot-Weiß-Rot-Karte.



### Verfahrensrechtliche Anpassungen

Auf massives Betreiben der WKÖ stehen zwei wesentliche verfahrensrechtliche Erleichterungen zur Rot-Weiß-Rot-Karte unmittelbar vor der Umsetzung: Künftig können auch Arbeitgeber den Antrag auf Erteilung einer Rot-Weiß-Rot-Karte bei der zuständigen Behörde einbringen. Auch können besonders Hochqualifizierte künftig direkt aus dem Ausland eine Rot-Weiß-Rot-Karte beantragen und müssen nicht zuvor ein jobseeker-Visum vorschalten. Beide Änderungen gingen im Dezember 2012 in Begutachtung.

## Mentoring für MigrantInnen - eine Erfolgsgeschichte



Im Rahmen des Projekts Mentoring für MigrantInnen ([wko.at/mentoring](http://wko.at/mentoring)), das auf Initiative der Wirtschaftskammer gemeinsam mit den Projektpartnern Österreichischer Integrationsfonds und Arbeitsmarktservice durchgeführt wird, unterstützen Unternehmer und Führungskräfte aus der Wirtschaft (Mentoren) qualifizierte Migranten bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

Damit soll auch die Internationalisierung der heimischen Wirtschaft gefördert werden. Mentoring für MigrantInnen wird finanziell durch die Internationalisierungsoffensive „go international“ unterstützt.

Mit Herbst 2012 wird Mentoring für MigrantInnen erstmals flächendeckend in ganz Österreich angeboten. Seit dem Projektbeginn 2008 konnten mittlerweile mehr als 800 Mentoringpaare gebildet werden. Das Projekt ist einzigartig im deutschsprachigen Raum und stößt auch auf zunehmendes internationales Interesse.

## Sozialpartner-Enquete Migration und Integration

Am 21.5.2012 luden die Österreichischen Sozialpartner zu einer Enquete zum Thema „Migration & Integration“ in die Sky Lounge der Wirtschaftskammer Österreich, in deren Rahmen die gleichnamige Beiratsstudie vorgestellt wurde. Neben der Präsentation der Studienhighlights und bestehender Initiativen sowie Best-Practice Beispielen im Bereich Migration und Integration lieferte Prof. Dr. Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Universität Bamberg Einblicke über die makroökonomischen Auswirkungen der Zuwanderung und Bundesminister Dr. Mitterlehner analysierte die Effekte der Rot-Weiß-Rot-Karte auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt. In der anschließenden Podiumsdiskussion der Sozialpartner-Präsidenten Leitl, Foglar und Tumpel wurden die zukünftigen Handlungsfelder im Bereich Migration-Integration skizziert.

## High Level Event der EU-Austauschplattform der Diversity-Chartas

Auf Initiative der WKÖ und der WKW gelang es, das jährlich stattfindende High Level Event der EU-Austauschplattform der Mitgliedstaaten, die eine Diversity-Charta etabliert haben, am 31.10.2012 erstmalig nach Wien zu holen. Die Eröffnung erfolgte durch Staatssekretär Sebastian Kurz, Vizepräsidentin Renate Römer und Joanna Serdyska (für die EU-Kommission). Staatssekretär Kurz nutzte diese besondere Gelegenheit dazu, um die Charta der Vielfalt Österreich für das

Staatssekretariat für Integration zu unterschreiben. Die Veranstaltung bot einen spannenden Informations- und Erfahrungsaustausch und ermöglichte es Diversity-Beauftragten, UnternehmerInnen, ManagerInnen und ExpertInnen aus mehr als 12 europäischen Ländern über Vielfalt als business case zu diskutieren. Mehr Informationen über die Charta der Vielfalt Österreich unter [www.charta-der-vielfalt.at](http://www.charta-der-vielfalt.at)

### Pressekonferenzen

- PK „Maßnahmen gegen Fachkräftemangel“ am 13.6.2012 mit Präsident Dr. Leitl
- PK „Mentoring für MigrantInnen“ am 11.7.2012 mit Generalsekretärin Mag. Hochhauser, Dr. Kopf (AMS) und Lewandowski (ÖIF)
- PK „Fachkräftemangel aus Sicht der Arbeitgeberbetriebe“ am 18.9.2012 mit Generalsekretärin Mag. Hochhauser und Prof. Dr. Münz

### Weitere Öffentlichkeitsarbeit

Die Wirtschaftskammer Österreich konnte mittlerweile sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene als wichtiger Player im Bereich Migration und Integration positioniert werden. Die Beauftragte für Migration und Integration der WKÖ hat ua an folgenden Veranstaltungen mit einem Vortrag teilgenommen:

- Sommerdiskurs, Strobl (2.8.2012) - *Bildung, Integration und Migration: Zwischen Migrationsapokalypse und Migrationsromantik*
- Medien.Messe.Migration, Wien (25./26.9.2012) - *Österreich, Deutschland, Schweiz: Wie attraktiv sind diese Länder für qualifizierte Zuwanderung?*
- European Day of the Entrepreneur 2012, Sofia (15.10.2012) - *Mentoring for migrants*
- 20 Jahre Binnenmarkt, Wien (22.10.2012) - *Rot-Weiß-Rot - Karte*
- 18. Europäischer Aus- und Weiterbildungskongress, Köln (9.11.2012) - *Die Rot-Weiß-Rot - Karte - Zuwanderungsregelung für Österreich*



# Arbeitsrecht, Familie & Gleichbehandlung

Referenten: Mag. Dr. Gleißner, Mag. Pia-Maria Rosner-Scheibengraf, Dr. Ingomar Stupar

8

Auch in diesem großen Bereich ist die Wirtschaftskammer über die Abteilung für Sozialpolitik in zahlreichen Gremien vertreten, etwa in der Gleichbehandlungskommission, dem Arbeitnehmerschutzbeirat und im Bundesbehindertenbeirat. Wie die meisten SP-Bereiche war auch dieser vom Stabilitätsgesetz 2012 betroffen.

## Arbeitsrecht

### Arbeitskräfteüberlassungsgesetz

Nach sehr intensiven und schwierigen Verhandlungen wurde die Leiharbeits-RL der EU im Arbeitskräfteüberlassungsgesetz umgesetzt. Für Leiharbeiter wird ein Sozial- und Weiterbildungsfonds eingerichtet, der von den Arbeitgebern ab 2017 mit 0,8% der Lohn- und Gehaltssumme dotiert wird. Die Beitragspflicht setzt 2013 mit 0,25% schrittweise ein. Dafür hat die Wirtschaft Rechtssicherheit bei der Entgeltfindung durchgesetzt.



### Bildungskarenz, Bildungsteilzeit

Angesichts von Missbräuchen und der Kostenentwicklung bei der Bildungskarenz hat die Wirtschaft eine Einschränkung des Zugangs und Erfolgskontrollen gefordert. Diese Forderungen fanden Eingang in einen Begutachtungsentwurf Ende 2012.

Schon 2009 hat die Wirtschaft die Flexibilisierung der Bildungskarenz durch Einführung einer Bildungsteilzeit gefordert. Während bei Bildungskarenz die Arbeitsleistung gänzlich ruht, wird sie bei Bildungsteilzeit nur reduziert, in der ausfallenden Arbeitszeit wird eine Ausbildung absolviert. Die Bildungsteilzeit wird 2013 in Anlehnung an das wirtschaftsverträgliche Modell der Bildungskarenz umgesetzt.

### Urlaubsgesetz

Der Anspruch auf Pflegeurlaub wird mit 1.1.2013 - aufgrund des Widerstands der Wirtschaft maßvoll und nicht uferlos - ausgeweitet. Dafür können auch KMU in Zukunft den Urlaubsanspruch aliquotieren, wenn sie den Urlaub vom Dienstjahr auf das Kalenderjahr umstellen.

Durchgesetzt hat die Wirtschaft auch eine Erhöhung der Kurzarbeitsbeihilfe für Unternehmen ab dem 5. Kurzarbeitsmonat.



Weiters wurde die Reform der Pflege von nahen Angehörigen mit dem Ziel der Schaffung eines wirtschaftsverträglichen Modells für **Pflegeteilzeit und Pflegekarenz** verhandelt.

**Arbeitsgruppen** zum Sozialstaat und zur Senkung der Krankenstandskosten erarbeiteten Analysen und erste Maßnahmenpapiere.

## Lohnnebenkosten

Im Vorfeld des Stabilitätsgesetzes waren breitflächige Lohnnebenkostenerhöhungen geplant, die verhindert werden konnten. Allerdings hat das Stabilitätsgesetz zur Budgetkonsolidierung die Lohnnebenkosten für ältere Arbeitnehmer erhöht und die Auflösungsabgabe für die Beendigung von Dienstverhältnissen eingeführt. Immerhin konnte die Wirtschaft zahlreiche Ausnahmen von der Auflösungsabgabe durchsetzen.



## Gleichbehandlung

2012 wurden die Verhandlungen über eine weitere Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes abgeschlossen. Dabei wurden geforderte Belastungen wie Quoten für Frauen in Aufsichtsräten und sonstigen Führungsgremien, erzwingbare Frauenförderpläne, Erhöhung von Strafen, Beweislastumkehr, etc. abgewehrt.

Gegenstand des Gesetzesentwurfs sind nun der Diskriminierungsschutz beim Zugang zu und der Versorgung mit öffentlich zugänglichen Gütern und Dienstleistungen (so genanntes „Levelling up“), die Pflicht zur Angabe des Mindestentgeltes in Stelleninseraten auch in KV-freien Bereichen und einige weniger gravierende Änderungen. Die Umsetzung der Novelle ist derzeit noch offen.

## Arbeitnehmerschutz

### ArbeitnehmerInnenschutzgesetz

Mit 1.1.2013 gibt es nach langen Verhandlungen einige Neuerungen im ArbeitnehmerInnenschutzgesetz (ASchG). Die politische Forderung der Arbeitnehmerseite nach einer Ausweitung der Präventionszeiten konnte ebenso wie der verpflichtende Einsatz von Arbeitspsychologen verhindert werden.

Nach geltendem Recht sind sowohl arbeitsbedingte physische als auch psychische Belastungen im Rahmen des Arbeitnehmerschutzes zu berücksichtigen. Dieses wird durch die Novelle des ASchG ausdrücklich klargestellt und die Prävention arbeitsbedingter psychischer Belastungen wird im Rahmen der Grundsatzbestimmungen genannt.

Schon bisher legt das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz fest, dass die Arbeitnehmer über die Gefahren für Sicherheit und Gesundheit sowie über die Maßnahmen zur Gefahrenverhütung ausreichend zu informieren und über Sicherheit und Gesundheitsschutz ausreichend zu unterweisen sind.

Die Unterweisung ist als Schulung zu sehen und bezieht sich im Gegensatz zur Information auf den konkreten Arbeitsplatz und Aufgabenbereich einzelner Arbeitnehmer. In der Praxis sind es meist Sicherheitsfachkräfte bzw. Arbeitsmediziner, die die Evaluierung auch hinsichtlich psychischer Belastungen durchführen. Diesbezüglich gibt es keine Änderung und es ist auch künftig nicht zwingend erforderlich, Arbeitspsychologen beizuziehen.

Die Ausbildung von Arbeitsmedizinern wird um 30 Unterrichtseinheiten erweitert. Der Ausbildungsinhalt soll verstärkt arbeits- und organisationspsychologische Fragen umfassen.

### Veranstaltungen

Zur Förderung besonderer Leistungen im Bereich der Arbeitssicherheit und des Schutzes der Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wurde heuer zum fünften Mal die **Goldene Securitas** verliehen. Wirtschaftskammer und Allgemeine Unfallversicherungsanstalt prämierten Kleinbetriebe für ihre vorbildlichen Aktivitäten auf dem Gebiet der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes.



Info-Veranstaltung "IMPULSe gegen Arbeitsstress" von Wirtschaftskammer, Gewerkschaftsbund und Allgemeiner Unfallversicherungsanstalt über Stressprävention und Gesundheitsförderung

Veranstaltung „Profit-Recruiting“ - Diversity als Schlüssel zum Erfolg der erfolgreichen Beschäftigung von Menschen mit Behinderung. Hier konnte gemeinsam mit der Online-Jobplattform Career Moves aufgezeigt werden, dass eine Beschäftigung von behinderten Menschen vielfachen Nutzen bringt.

Anlässlich der Aufbereitung von zahlreichen neuen Best-Practice-Beispielen auf der Sozialpartnerhomepage [www.arbeitundbehinderung.at](http://www.arbeitundbehinderung.at) wurde unter dem Motto „Beschäftigungschancen von Menschen mit Behinderung“ in der WKÖ die Möglichkeit zum Austausch und Netzwerken geboten.

**ZAS-Tag 11.10.2012** zum Schwerpunkt Entgelt im Arbeitsrecht: Wie schon in den vergangenen Jahren fand auch 2012 in Kooperation mit dem Manz-Verlag ein Update zum Arbeits- und Sozialrecht des Jahres in einem Tag statt. Neben der aktuellen Judikatur und Gesetzgebung lag der Schwerpunkt auf dem Thema Entgelt im Arbeitsrecht.

#### Publikationen

*Rosner-Scheibengraf*, Die Einstellung macht's - Tipps und Informationen für Unternehmen zum Behindertengleichstellungsrecht, 3. Aktualisierte Auflage 2012

*Rosner-Scheibengraf*, Beitrag im Brandschutzjahrbuch zum Thema Arbeit und Behinderung

*Gleißner*, Arm trotz Erwerbsarbeit - Ursachen und Maßnahmen, in: Pfeil, Sedmak (Hrsg.), Arm trotz Erwerbsarbeit. Working Poor in Österreich 2012

*Gleißner*, Mit Lohnpolitik gegen Ungleichgewichte, Wirtschaftspolitische Blätter 3/2011

# Sozialversicherung & Pensionen

Referenten: Dr. Martina Rosenmayr-Khoshideh, Mag. Martin Kircher

Die Wirtschaftskammer und ihre Vertreter wirken in dem Bereich auf verschiedenen Ebenen wesentlich mit. So stellt die Abteilung für Sozialpolitik Vertreter der Selbstverwaltung auf Arbeitgeberseite in verschiedenen Sozialversicherungsträgern (Hauptverband, PVA, SVA, AUVA) und in der Pensionskommission.

## Sozialrechts-Änderungsgesetz 2012 - SRÄG 2012

Das Sozialrechts-Änderungsgesetz 2012 - SRÄG 2012 geht auf die Sozialpartnereinigung in Bad Ischl zurück. Mit dem im Laufe des Jahres 2012 verhandelten Gesetz wird die befristete Invaliditätspension abgeschafft. „Rehabilitationsgeld“ bzw. „Umschulungsgeld“ treten ab 2014 an die Stelle der (bisherigen) befristeten Invaliditätspension.

## Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2012 - SVÄG 2012

Kernstück des SVÄG 2012 ist die Schaffung einer Unterstützungsleistung bei lang andauernder Krankheit selbständig Erwerbstätiger („Krankengeld für Selbständige“) mit weniger als 25 Beschäftigten. Der Wirtschaftskammer Österreich ist es weiters gelungen, die langjährige Forderung einer Anhebung des Wochengeldes für Unternehmerinnen auf das Niveau von Arbeitnehmerinnen (Euro 50) durchzusetzen.

## Stabilitätspaket 2012

Das Stabilitätsgesetz brachte eine Fülle von Änderungen, auch im Bereich des Sozialversicherungsrechts. Hervorzuheben im Pensionsbereich ist die Ersetzung der Parallelrechnung durch eine Kontoerstgutschrift ab 2014 und damit der Entfall der aufwändigen und intransparenten Parallelrechnung.

## Beschluss der Trägerkonferenz - Mehr Rechtssicherheit für Selbstständige

Im Zuge von Betriebsprüfungen kommt es immer wieder vor, dass EPU in Dienstnehmer „umgewandelt“ werden. Die Wirtschaftskammer hat durchgesetzt, dass die SVA der gewerblichen Wirtschaft ab 1.10.2012 zur Schlussbesprechung der Gebietskrankenkassen beigezogen und gehört werden muss. Das ist ein wichtiger erster Schritt zur Rechtssicherheit für Selbstständige und ihre Auftraggeber.

## KunsthilfsbeitragsG - Reduzierung der Abgaben auf Kabel-TV und SAT-Receiver

Mit 2013 werden die Abgaben von Unternehmern für jeden Empfangsberechtigten von Rundfunksendungen für die Finanzierung der Künstler-Sozialversicherung von bisher 0,25 Euro auf 0,20 Euro monatlich und die Abgaben pro verkauftem Gerät (SAT-Receiver- oder SAT-Decoder) von bisher 8,72 Euro auf 6,00 Euro gesenkt. - Dies stellt eine wesentliche Entlastung für die Kabelnetzbetreiber und den Elektrohandel dar.

## Halbierung Selbstbehalt durch SVA-Vorsorgeprogramm „Selbstständig Gesund“

Aktive Gesundheitsvorsorge wird von der SVA belohnt: Selbstständige zahlen seit 1.1.2012 zehn statt zwanzig Prozent Selbstbehalt, wenn sie fünf Gesundheitsziele erreichen und damit zum Erhalt ihrer Gesundheit beitragen. Die SVA setzt damit als erster Player im Gesundheitssystem einen großen Schritt in Richtung Prävention.

## Publikationen

*Gleitmann/Kircher/Rosenmayr-Khoshideh*, Rehabilitation vor Pension - Unter Berücksichtigung des Stabilitätsgesetzes 2011, in Aschauer/Kohlbacher (Hrsg), Jahrbuch Sozialversicherungsrecht 2012.  
*Rosenmayr-Khoshideh*, Kommentierung der §§ 1, 3, 4 und 5 GSVG in Sonntag (Hrsg), Jahreskommentar- Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz.

Referenten: Dr. Wolfgang Königshofer, Mag. Claudia Janecek, Dr. Dietmar Schuster MBA, Mag. Martin Kircher

## Medizinprodukteabgabe

Bereits durch das Budgetbegleitgesetz 2011, BGBl. I Nr. 111/2010, wurde im Gesundheits- und Ernährungssicherheitsgesetz ein § 12a eingefügt, der die Rechtsgrundlage für die Einhebung einer Medizinprodukteabgabe bildet. Diese Abgabe dient der anteiligen Bedeckung jenes Aufwandes, der dem Bundesamt für Sicherheit im Gesundheitswesen (BASG) aus der Medizinproduktevigilanz und der Marktüberwachung des Medizinprodukte-marktes erwächst.



Nähere Regelungen zu dieser Abgabe, insbesondere ihre Ermittlung und Einhebung, sind einer Verordnung des BASG vorbehalten. Diese Verordnung, die Medizinprodukteabgaben-Verordnung, wurde noch im Dezember 2011 kundgemacht. In dieser Verordnung konnte für Unternehmen, deren Umsatz mit Medizinprodukten bestimmte Schwellenwerte nicht überschreitet, eine Befreiungsregelung erreicht werden.

Die Medizinprodukteabgabe ist eine pauschalierte Jahresabgabe, die jeweils bis zum 30. Juni des der Abgabe eines Medizinproduktes folgenden Jahres zu entrichten ist. Sie war erstmals für das Jahr 2011, somit bis zum 30. Juni 2012 zu entrichten. Abgabepflichtig sind natürliche und juristische Personen, die gegen Entgelt Medizinprodukte an Letztverbraucher abgeben.

Um die betroffenen Mitglieder bei der Erfüllung ihrer Verpflichtung zu unterstützen, hat die WKÖ - teilweise in intensivem Kontakt mit dem BASG - eine Fülle von Anfragen beantwortet. Fragen grundsätzlich oder allgemeiner Art und die dazu gehörigen Antworten wurden auf der Homepage des BASG veröffentlicht.

Da die Höhe der zu entrichtenden Medizinprodukteabgabe von der Klasse der abgegebenen Medizinprodukte abhängt, hat die WKÖ in Zusammenarbeit mit dem BASG ferner eine Liste von Medizinprodukten, deren Abgabe nicht dem reglementierten Gewerbe der Herstellung und der Vermietung von und dem Handel mit Medizinprodukten vorbehalten ist, - jeweils mit der Angabe der dazu gehörenden Klasse - betroffenen Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

## Lebensmittelkennzeichnung neu

Die neue EU-Lebensmittelkennzeichnungsverordnung (LMIV) ersetzt die bisherigen Bestimmungen zur Etikettierung und Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln und gilt ab Mitte Dezember 2014.

Damit werden neue Regelungen geschaffen, die insbesondere die Verpflichtung zur Nährwertkennzeichnung bringen, eine Ausweitung der Herkunftsangaben, die Allergenkennzeichnung auch für unverpackte Lebensmittel, einen verschärften Täuschungs- und Irreführungsschutz sowie eine Mindestschriftgröße der Angaben auf Lebensmitteln.



Zur Durchführung, Auslegung und näheren Konkretisierung der neuen Kennzeichnungsbestimmungen waren vor allem die Codexunterkommission „Kennzeichnung“ des Österreichischen Lebensmittelcodex sowie das Arbeitsteam „Täuschungsschutz“ und die Arbeitsgruppe „Auslegungsfragen zur LMIV“ gefordert. Wir haben intensiv daran gearbeitet, praxisgerechte Anwendungen zu schaffen, etwa die Leitlinie über die täuschungsfreie Aufmachung bei freiwilligen Angaben zu Lebensmitteln. Die konkreten Umsetzungsvorschriften zur Herkunftskennzeichnung werden erst nach Folgeabschätzungen der Europäischen Kommission erlassen. Diese Prozesse werden wir auch 2013 aktiv mitgestalten und betreuen.

## Gesundheitsreform

Die WKÖ hat die seit längerem laufenden Verhandlungen stets verfolgt und begleitet und sich für grundsätzliche Reformen im Gesundheitsbereich eingesetzt. Mit der Einigung zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherung ist es nunmehr gelungen, einen wesentlichen Beitrag zur Effizienzsteigerung im Gesundheitswesen zu schaffen. Durch eine bessere Abstimmung des niedergelassenen Bereichs und des stationären Bereichs soll es zu deutlichen Kosteneinsparungen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der hohen Qualität im Gesundheitswesen kommen. Auch die Finanzierung und die Versorgung des Gesundheitswesens werden auf neue Beine gestellt. Hinkünftig werden Bund, Länder und Sozialversicherung den Gesundheitsbereich gemeinsam planen und steuern. Weitere wesentliche Punkte der Gesundheitsreform sind der Ausbau von Transparenz und die Festlegung einheitlicher Qualitätskriterien sowie eine finanzielle Stärkung und der Ausbau von Präventionsmaßnahmen und Gesundheitsförderung. Damit kommt es zu einem Paradigmenwechsel im österreichischen Gesundheitswesen weg von einrichtungsbezogener Finanzierung hin zur Patientenorientierung.

## Elektronische Gesundheitsakte (ELGA)

Der Elektronische Gesundheitsakt ist essentiell für die beschlossene große Gesundheits- und Spitalsreform. Nur durch ELGA kann endlich Transparenz im Gesundheitssystem entstehen. Weiters stärkt ELGA den Wirtschaftsstandort Österreich. Für e-Health Betriebe bieten sich große Marktchancen, da für ELGA eine spezielle Software zu Verfügung stehen muss, zusätzlich bedarf es diverser technischer Implementierungsleistungen und Services. Schließlich forciert ELGA auch den Forschungsstandort Österreich.

## Plattform Gesundheitswirtschaft

Die Gesundheitswirtschaft wächst und bringt damit neue Chancen für Innovationen, Beschäftigung und Wohlstand. Die Wirtschaftskammer Österreich hat die „Plattform Gesundheitswirtschaft Österreich“ ins Leben gerufen, um diese Entwicklung zu unterstützen. Dabei sollen alle Gesundheitsbranchen der Wirtschaftskammer, aber auch externe Teilnehmer wie Apotheker, Ärzte etc. erfasst werden. Ziel der Plattform ist es,

Österreich für den Megatrend Gesundheit fit zu machen und als DAS Gesundheitsland in Europa zu etablieren.

Betreut von der Abteilung der Sozialpolitik hat die Plattform 2012 zahlreiche Aktivitäten gesetzt - Veranstaltungen, Pressekonferenzen, Publikationen, etc.



## Profitness Austria



Die Wirtschaftskammer Österreich hat die Initiative „proFITNESS: Gesunde Mitarbeiter- Gesundes Unternehmen“ ins Leben gerufen, um KMU auf ihrem Weg zu einem gesünderen Unternehmen nachhaltig zu unterstützen. ProFITNESS soll ein Dach über alle schon derzeit bestehenden Initiativen und Maßnahmen in der betrieblichen Gesundheitsförderung bilden. Sozialversicherungen, Sportvereine und sonstige Anbieter werden aktiv eingebunden.

Kernstück ist die Plattform [www.profitnessaustria.at](http://www.profitnessaustria.at). Die Webseite enthält alle Informationen rund um BGF sowie einen Marktplatz, auf dem Gesundheitsanbieter ihre Dienstleistungen präsentieren.



## Fehlzeitenreport 2012

Der Fehlzeitenreport wird jährlich vom WIFO im Auftrag und unter Mitarbeit von Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Wirtschaftskammer Österreich, Bundesarbeitskammer, Allgemeine Unfallversicherungsanstalt und Pensionsversicherungsanstalt erstellt. Der 113 Seiten umfassende Fehlzeitenreport 2012 behandelt als Schwerpunkt den Zusammenhang zwischen der Unternehmenskultur und deren Auswirkungen auf das Krankenstandsgeschehen in den Betrieben. Die erforschten Zusammenhänge sollen zusätzliche Ansatzpunkte für die Gesundheitsförderung und Prävention ermöglichen und aufzeigen.

### Pressekonferenzen

- 4. 7. 2012 - PK zur Studie „Public Sector Performance: Gesundheit“
- 7. 11. 2012 - PK zum Welt Diabetesstag
- 30. 11. 2012 - „Betriebliche Gesundheitsförderung - Gesunde Mitarbeiter, gesunde Unternehmen“

### Veranstaltungen

- 23. 1. 2012 - 1. PMCA - Impuls 2012 „Zielgruppe Privatpatient: Wie sich die Gesundheitswirtschaft auf Selbstzahler einstellt“
- 22. 2. 2012 - 39. Gesundheitspolitische Forum „Arzneimittelfälschungen - Realitäten zwischen illegalen Machenschaften und hoch regulierter Vertriebskette“
- 7. 3. 2012 - Health Research Award im Rahmen des 4. Österreichischen Gesundheitswirtschaftskongresses
- 20. 8. 2012 - Alpbach Late Night Talk „Health Literacy mit Schwerpunkt Jugend“
- 12. 9. 2012 - 44. Gesundheitspolitische Forum „Anreize in der Gesundheitsversorgung - der erste Schritt für mehr Gesundheit?“
- 19. 9. 2012 - Healthcare Day 2012 „Effizienz in der Supply Chain“

### Publikationen

WIFO / Leoni, Fehlzeitenreport 2012 (Mitarbeit Schuster)  
 Baumgartner-Reitz / Kunsch / Waltner / Windisch / Schuster, Jahrbuch „Gesundheitspolitik und Gesundheitswirtschaft in Österreich“ 2012 (Hg. sanofi-aventis GmbH)





Referentin: Mag. Christa Schweng

Die Wirtschaftskammer Österreich ist im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) vertreten, der die europäischen Institutionen berät. Als Mitglied im EWSA wird auch die Vizepräsidentschaft in der Beobachtungsstelle Arbeitsmarkt des EWSA, sowie die Mitgliedschaft im Vorstand der Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen und Unionsbürgerschaft wahrgenommen.

Ebenso vertreten ist die WKÖ in Verwaltungsrat und Vorstand der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz in Bilbao. Die WKÖ-Vertreterin ist in diesen Gremien die Sprecherin der Arbeitgeber und Vizepräsidentin.

## Bad Ischler - Dialog

Mitte Oktober 2012 haben die Sozialpartner im Rahmen ihrer Konferenz in Bad Ischl („Bad Ischler Dialog 2012“) gemeinsame Vorschläge zur „Zukunft Europas“ vorgestellt. Insgesamt 5 der 18 Kapitel beschäftigten sich mit sozialpolitischen Themen. Der Konferenz gingen langwierige und intensive Verhandlungen über mögliche Maßnahmen insbesondere im Bereich Jugendbeschäftigung, Beschäftigung älterer Personen, Gleichstellung von Männern und Frauen und die Rolle der Sozialpartner in Europa voraus.

## Arbeitszeit-Richtlinie

Die WKÖ war an den Verhandlungen der europäischen Sozialpartner, die nach den gescheiterten Verhandlungen zwischen Rat und europäischem Parlament, aufgenommen wurden, über ihre Mitgliedschaft in der UEAPME vertreten. Die Verhandlungen der letzten 12 Monate sind allerdings bisher ergebnislos geblieben, da die Positionen der Arbeitgeber zur Regelung der Bereitschaftszeit und die Bereitschaft der Arbeitnehmer darüber zu sprechen sehr weit auseinander lagen.

## Frauenquoten in Aufsichtsräten

Nach einer öffentlichen Konsultation hat die Europäische Kommission ihren Richtlinien-Vorschlag für eine ausgewogenere Vertretung von Frauen und Männern in börsennotierten Gesellschaften vorgelegt. Damit soll bis 2020 ein 40 %-iger Frauenanteil in Aufsichtsräten von Gesellschaften mit mehr als 250 Arbeitnehmern erreicht werden. Abgesehen davon, dass solche Bestimmungen einen direkten Eingriff in die Aktionärsdemokratie, die Vertragsfreiheit und das geschützte Eigentumsrecht von Unternehmen darstellen, sind insbesondere die vorgesehenen Sanktionen bei Nichterreichung der Quote inakzeptabel: der nicht „richtig“ zusammengesetzte Aufsichtsrat müsste rückwirkend aufgelöst werden, was automatisch auch die von diesem getroffenen Entscheidungen, die für Unternehmen richtungsweisend sind, betreffen würde. Die WKÖ hat sich im Begutachtungsverfahren daher massiv gegen diesen Vorschlag ausgesprochen und wird auch das weitere Verfahren in Rat und EP entsprechend begleiten.

## Entsende-RL - Durchsetzung

Neben einer besseren Verwaltungszusammenarbeit sieht dieser Richtlinienvorschlag auch eine gesamtschuldnerische Auftraggeberhaftung für Löhne, Sozialversicherungsbeiträge und Steuern für den Baubereich vor. Die WKÖ hat sich grundsätzlich positiv zur Verwaltungszusammenarbeit ausgesprochen, steht einer Ausweitung der Auftraggeberhaftung auf Löhne jedoch sehr negativ gegenüber, da dies massive Zusatzbelastungen für Unternehmen bedeuten würde. Für die Haftung für Sozialversicherungsbeiträge und Steuern müsste sichergestellt werden, dass das österreichische System der Haftungsbefreiungen (HFU-Liste!) auch im Sinne der Richtlinie haftungsbefreiend wirkt.

Neben den oben genannten Richtlinienvorschlägen waren auch die RL zum Schutz der Arbeitnehmer vor elektromagnetischen Feldern, ein Qualitätsrahmen für Praktika, sowie die RL über drittstaatsangehörige Saisoniers Schwerpunkte der Tätigkeit.

## Weitere Aktivitäten

16

Rundbrief der Abteilung  
SPIK (unter <http://wko.at/sp>)

### Webseiten

Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit <http://wko.at/sp>

Mentoring für MigrantInnen <http://wko.at/mentoring>

Migration und Integration <http://wko.at/migration>

Plattform Gesundheitwirtschaft [www.wirmachengesundheit.at](http://www.wirmachengesundheit.at)

Profitness [www.profitnessaustria.at](http://www.profitnessaustria.at)

### mitbetreute Webseiten

[www.eval.at](http://www.eval.at) (Informationen, Tipps, Checklisten zum Arbeitnehmerschutz)





[www.arbeitundalter.at](http://www.arbeitundalter.at)

[www.arbeitundgesundheit.at](http://www.arbeitundgesundheit.at)

[www.arbeitundbehinderung.at](http://www.arbeitundbehinderung.at)



## Die Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit

 <p><b>Dr. Martin Gleitsmann</b> Abteilungsleiter</p>	 <p><b>Mag. Dr. Rolf Gleißner</b> Abteilungsleiter-Stellvertreter Arbeitsrecht: Arbeitsverfassung, Arbeitszeit; AUVA; Infobrief SPIK</p>
 <p><b>Mag. Christa Schweng</b> EU-Sozialpolitik, EWSA, Koordination</p>	 <p><b>Dr. Martina Rosenmayr-Khoshideh</b> Sozialversicherung (PV, Versicherungs-, Melde- u. Beitragsrecht), Vereinbarkeit Familie &amp; Beruf, Wirtschaft &amp; Wissenschaft</p>
 <p><b>Mag. Martin Kircher</b> Sozialversicherungs- und Krankenanstaltenrecht; Dienstgebervertreter der SV; Gesundheit</p>	 <p><b>Mag. Gabriele Straßegger</b> Arbeitsmarkt- und Beschäftigungs- politik, Arbeitsmarktförderung, Ältere Arbeitnehmer, Armut - Mindestsicherung</p>
 <p><b>Mag. Anna Katharina Huber</b> Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, AMS-Strategie</p>	 <p><b>Mag. Margit Kreuzhuber</b> Beauftragte für Migration u. Integration, Ausländerbeschäftigung, Fachkräftemangel</p>
 <p><b>Dr. Dietmar Schuster, MBA</b> Gesundheitspolitik, -wirtschaft, BGF (ProFitness), Gesundheitsberufe, Pensionskassen, Junge Sozialpartner, Krankenanstaltenrecht, Pflege</p>	 <p><b>Mag. Julia Hasenöhr</b> Beauftragte für Migration u. Integration, Ausländerbeschäftigung, Fachkräftemangel</p>
 <p><b>Mag. Pia-Maria Rosner-Scheibengraf</b> Arbeitnehmerschutz und Behindertenpolitik</p>	 <p><b>Mag. Maria Kaun</b> Ältere Arbeitnehmer</p>
 <p><b>Dr. Ingomar Stupar</b> Gleichbehandlungsrecht, Individualarbeitsrecht</p>	 <p><b>DDr. Wolfgang Königshofer</b> Arzneimittel-, Medizinprodukte- und Lebensmittelrecht, Zivildienst</p>
 <p><b>Mag. Claudia Janecek</b> Lebensmittel-, Futtermittel- und Veterinärrecht</p>	 <p><b>Mag. Ursula Koch</b> Praktikantin Sozialversicherung</p>

Redaktion Jahresbericht: Mag. Dr. Rolf Gleißner, Mag. Ursula Koch